

DAS UNGARISCH-DEUTSCHE VERHÄLTNIS: DAS OPPOSITIONELLE ECHO DER ILLEGALEN VOLKSDEUTSCHEN BEWEGUNG (1933 – 1934)

von
SÁNDOR SEBESTÉNY

Am 1. Oktober 1932 übernahm die Regierung Gyula Gömbös die Staatsgeschäfte. Die politische Linienführung des Regierungschefs war darauf ausgerichtet die Machtstruktur des infolge der Weltwirtschaftskrise erschütterten Konterrevolutionären Systems zu festigen. Das bedeutete auf innenpolitischer Ebene, dass die Regierung – in erster Linie auf die Mittelschichten gestützt – eine rechtsorientierte Massenbewegung zu schaffen beabsichtigte, durch Zerschlagen der legalen Organisationen der Arbeiterbewegung und mit einem sozial demagogischen „Reformprogramm“ eine spätere totale Diktatur untermauern wollte.¹ Das alles wünschte er aussenpolitisch durch eine kräftige italienische Orientation und einer kriterienfreien deutschen Beziehung zu fördern.²

In der politischen Konzeption dimmt der Fragenkomplex der so sehr ersehnten Revision nach wie vor einen zentralen Platz ein, doch waren auf diesem Gebiet die Erklärungen der Regierung anfangs gemässigt. Der Ministerpräsident selbst betonte in seiner Antrittsrede im Parlament, dass er gegenüber den Nachbarstaaten nicht den Kampf, sondern den Frieden verkünde.³ Seine Feststellung verhüllte – im Gegensatz zu den früheren Regierungen – die sog. friedliche Revision, die er jetzt – in Anbetracht der ausserordentlich ungünstigen aussenpolitischen Lage – aus Taktik in den Vordergrund schob. Auch die Parlamentsrede des Ausenministers Endre Puky am 1. Dezember 1932 – die unmittelbar nach den ungarfeindlichen Ausschreitungen in Bukarest und Klausenburg verklungen war, und zugleich der Beruhigung der heimischen Rumänen diente – wies darauf hin, dass die ungarische Regierung die Revisionspolitik in einen breiteren Zusammenhang bettete, darum betonte er: „Die Sache der Revision ist keine ungarische Frage, sondern eine europäische...“⁴

Die mit dem bestehenden Status quo unzufriedene ungarische Regierung hegte die Hoffnung, dass sie zwischen den beiden faschistischen Grossmächten am Treffpunkt der Interessensphären, aufgrund des Gleichgewichts der Kräfte im Karpatenbecken freie Hand erwarten darf. Um aber den ungarischen Revisionsforderungen Geltung zu verschaffen war eine Unterstützung von aussen notwendig, gleichzeitig war die gegebene Lage

für säbelrasselnde Erklärungen nicht geeignet, aus diesem Grund verfolgte die ungarische Propaganda die These der „friedlichen Revolution“. Das hatten die Berichterstatte des Ungarischen Nachrichtenbüros MTI nach aussen hin wie folgt zu erklären: „In Ungarn denkt niemand an einen Krieg. Die wäre vom realpolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet und in Kenntnis der Kräfteverhältnisse lächerlich. Diese Frage wünscht Ungarn, selbst im Falle einer hypothetischen bewaffneten Konflagration zwischen anderen Mächten, friedlich zu lösen.“⁵ Diese Anweisung erfolgte „zwecks Gebrauchs“ der ausländischen Pressepropaganda.

Nach innen ergab sich gleichzeitig die Notwendigkeit einer Ausweitung der getarnten Revisionspropaganda. Die „Minoritätensektion“ des Ministerpräsidiums war nämlich mit der Tätigkeit der MTI und des Rundfunks hinsichtlich der Bearbeitung des Nachrichtenmaterials der sog. Nachfolgestaaten unzufrieden, daher plante sie die Errichtung eines selbständigen Organs, das die ungarischen Blätter mit dem „Nachrichtenmaterial der Minoritäten“ versorgen sollte. In Angelegenheit des Nachrichtendienstes wurde auch die Meinung von angesehenen ungarischen Zeitungsredakteuren, die im Ausland tätig waren, eingeholt, so liess Miklós Krenner, Schriftleiter des Klausenburger Blattes *Ellenzék*, ein besonderes Memorandum Pressechef István Antal in Budapest zugehen.⁶ Miklós Kozma nahm als Generaldirektor des MTI und Rundfunks den Plan eines „Gegenorgans“ selbstverständlich sehr übel und schloss den auserlesenen Exemplaren des *Budapester Tudósító* vom 7. Dezember 1932 zwecks Verhinderung des Planes einen besonderen Brief bei.

Kozma rechnete in seinem Brief der Opportunität, der Feigheit und der „Betriebsanschauungen“ der *Budapester Blätter* an, dass sie sich mit den Minoritätsangelegenheiten nicht genügend befassen, er verneinte also die Unzugänglichkeit des Nachrichtenmaterials. Kozma gelang es somit durch die Gewinnung von István Antal die Angelegenheit zu torpedieren, hatte doch der Chef der Presseabteilung des Ministerpräsidiums in der Frage ein entscheidendes Wort zu sprechen. Sie nahmen sich bloss des presspolitischen Teils des Planes an, der die heimischen Blätter dazu veranlassen wollte, die „die Nachrichten aus den besetzten Gebieten kräftiger bekanntzumachen.“⁷

Die ungarische Diplomatie wurde durch die in Deutschland erfolgten Ereignisse, die Machtergreifung Adolf Hitlers und seiner Partei, zu neuerlicher Bewegung angespornt.

Schon am Tage nach der Ernennung des Kanzlers erging an die Berliner ungarische Gesandtschaft die Weisung, wonach der ungarische Gesandte Kálmán Kánya seine Aufwartung beim neuen deutschen Kanzler machen soll. Zu dieser Begegnung ging Kánya am 7. Februar 1933 noch in der Eigenschaft als ungarischer Gesandter, entfernte sich aber schon als Aussenminister.

Im Laufe der informativen Unterredung betonte Hitler, dass er in den Mittelpunkt seiner aussenpolitischen Linienführung die Fundamentierung der deutschitalienischen Freundschaft stellte, die auch die Festigung und Weiterentwicklung der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit

fördern wird.⁸ Aus der Erörterung des deutschen Kanzlers ging demnach hervor, dass das deutsch-ungarische Verhältnis eine untergeordnete Rolle spielt, und von der Entwicklung der deutsch-italienischen Beziehungen abhängig ist.⁹

Kánya überreichte bei dieser Gelegenheit den Brief Gömbös', in dem der ungarische Ministerpräsident den Kanzler nicht nur zur aussenpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufforderte, sondern ihn um ein Auftreten hinsichtlich der Betreibung einer Zusammenarbeit der ungarischen und deutschen Minderheiten in den sog. Nachfolgerstaaten ersuchte. In seiner Antwort bestätigte Hitler deren Notwendigkeit. Er erklärte hingegen, dass auf diesem Gebiet ein Erfolg erst später zu erwarten sei, da es einer gewissen Zeit bedarf die „eingefleischten Methoden“ der deutschen Aussenpolitik zu ändern.¹⁰

Einer Ausweitung der ungarisch-deutschen Beziehungen standen aber ernste Hindernisse im Wege. Die im Kreise der ungarländischen Deutschen betriebene „pangermane“ Propaganda verursachte ein sich immer mehr zuspitzendes Problem, dem sich auch noch eine namhafte Verminderung der seitens Deutschlands angekauften ungarischen Agrarprodukte hinzugesellte. Im Jahr 1932 richteten sich 15,2% des ungarischen Exports nach Deutschland (an Agrarprodukten 19,3%), was sich anfangs 1933 auch schon wertmässig verminderte.¹¹ Dies alles wurde durch die im Februar 1933 in Kraft getretene Erhöhung des deutschen Agrarzolls wesentlich beeinflusst. Auf die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten macht Ministerpräsident Gömbös selbst in seinem an Hitler gerichteten Brief vom 22. April 1933 die deutsche Regierung aufmerksam.¹² Er verwies auch auf politische Beziehungen der Wirtschaftsfrage. Er erwähnte: „Die ungarischen Agrarprodukte gelangen in letzterer Zeit überhaupt nicht oder nur in einer sehr geringen Menge nach Deutschland“ und dies gab Anlass – „nicht ganz unberechtigt“ – anerkannte er – zur Kritik unserer bilateralen Beziehungen.

All das war ein Hinweis auf die oppositionellen Beschwerden im ungarischen Abgeordnetenhaus, darunter auf die scharfen Worte von Endre Bajcsy-Zsilinszky. Der Vorsitzende der Nationalradikalen Partei befasste sich in seiner Rede am 16. März 1933¹³ vor allem mit der „halboffiziellen“ Deutschlandreise István Bethlens. (Der gewesene Ministerpräsident István Bethlen unternahm als Privatperson zwischen dem 16. und 18. März eine Vorlesungs-Rundreise in Deutschland). Er beanstandete mit Recht, dass die allgemeine Meinung – wie dies das Presseecho beweist – über das ungarisch-deutsche Verhältnis kein reales Bild erhielt, „bestehen doch sehr ernste gegensätzliche Interessen“ zwischen den beiden Staaten, die der gewesene Ministerpräsident verschwiegen, und dadurch ein einseitiges Bild gemalt hat. Von diesen hob er den Terror des Faschismus hervor, den er mit harten Worten verurteilte: „...in dieser Gesetzgebung gibt es nur wenige... – erklärte er –, die diese Form und jene Mittel, mit denen der deutsche Reichskanzler das Reich förmlich in einen Bürgerkrieg treibt, gutheissen.“¹⁴ Mit dieser Richtung können wir uns schon aus weltanschaulicher Hinsicht „nicht identifizieren“. Sodann stellte er die Frage

ob der Anschluss in Interesse des ungarischen Staates liegt. Die verneinte er entschieden und macht darauf aufmerksam, dass „in jener Politik haarsträubende Gefahren hinsichtlich der ungarischen Nation angehäuft sind, die der Hitlerismus bedeutet“. Dann kam er auf die „pangermane“ Agitation zu sprechen die man unter den ungarländischen Deutschen „aufzwingen versucht“. Zugleich machte er den deutschen Regierungsorganen den Vorwurf, dass sie das in den Nachbarstaaten lebende Ungartum von den dortigen Deutschen isolieren und damit ihr gemeinsames Auftreten verhindern. (Diese letztere Beschwerde war auch mit dem Standpunkt der ungarischen Regierung identisch, erwähnte dies ja ebenso auch Gömbös in seiner Begrüssungsbotschaft, die er an Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler gerichtet hat.)¹⁵

Bajcsy-Zsilinszky wies ausserdem auch auf das Negativum der ungarischen Aussenhandelsbilanz hin, wonach in deutscher Relation ein Passivum von 64% besteht. Er beschwerte sich darüber, dass das abgeschlossene Schlachtvieh in der Höhe von jährlich sechstausend Stück in letzterer Zeit selbst im geschlachtetem Zustand auf den Dresdener Markt nicht zugelassen wird und dass auch mit dem Eierabsatz Schwierigkeiten bestehen, da die Lieferungen von der Grenze zurückgekommen sind. Mit den Franzosen bestehen keine solche Probleme und stellte ihre geschäftliche Korrektheit als Beispiel dar, während die Deutschen dem Grundsatz „Macht geht vor Recht“ gemäss die Verträge nicht einhalten.¹⁶

Am Schluss seiner Rede zitierte er wortgetreu aus der Rede István Bethlens, die ihm Gelegenheit bot auch seine aussenpolitische Orientierung darzulegen. Bethlen hatte nämlich erklärt: „Ich erblicke im deutschen Staat einen Verbündeten, einen Verbündeten im Kampf gegen die Fesseln der Friedensverträge.“¹⁷ Bajcsy-Zsilinszky verurteilte diese Erklärung sehr heftig und verwahrte sich dagegen, da es verfehlt sei die beiden Revisionsbestrebungen miteinander zu verbinden. Kann doch „die Schwächung des polnischen Volkes“ nicht das Ziel der ungarischen Politik sein, und ebenso auch der Anschluss nicht. Bei letzterem deutete er auch einen Widerstand mit Waffengewalt klar an. Als Grundsatz der ungarischen Aussenpolitik erklärte er nach wie vor die Politik der „freien Hand“, und warnte selbst von dem Anschein dessen, dass wir zum „Schleppenträger“ Deutschlands werden.¹⁸

In die schärfste Auseinandersetzung mit Bajcsy-Zsilinszky verwickelte sich freilich der Abgeordnete Zoltán Meskó, der Gesinnungsgenosse der Hitleristen in Ungarn. Auch diesmal setzte er sich entgegen einer unabhängigen Aussenpolitik für das Bündnis mit Deutschland ein.¹⁹

Auch der Abgeordnete der unabhängigen Kleinlandwirtepartei und einer der Führer des ungarländischen Deutschtums, Antal Klein meldete sich zu Wort. Er betonte seine Loyalität gegenüber der Nationalitätenpolitik der ungarischen Regierung und erklärte: „In Ungarn haben die nationalen Minderheiten Beschwerden keinerlei Art.“²⁰

Die Rede von Bajcsy-Zsilinszky berührte so wichtige aussenpolitische Fragen, dass sie ausser dem Geplänkel im Abgeordnetenhaus auch eine Pressepolemie auslöste. Auch Ministerpräsident Gömbös selbst erhob sich

und betonte das Bestehen „zahlreicher Interessengemeinschaften“ mit den Deutschen. Er formulierte sogar einen Ausdruck, in Anspielung auf die Rede Bajcsy-Zsilinszkys, wonach die Stellungnahme für Österreich eine „Kriegshetze“ sei.²¹

Bajcsy-Zsilinszky geriet derart in Zorn, dass er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. März diese Anspielung abermals zur Sprache brachte. Der anwesende Ministerpräsident unterbrach ihn freilich: „Ich habe den Namen des Herrn Abgeordneten nicht genannt!“²²

Bajcsy-Zsilinszkys schwere Bedenken teilte ein angesehenen Teil der politischen öffentlichen Meinung des Landes: nicht allein im Kreise der linksgerichteten und liberalen Intelligenz, sondern auch im Kreise der ungarischen Bourgeoisie und der konservativen Kräfte entstanden Bedenken.

Zu den ungarischen Regierungsorganen liefen nämlich inzwischen immer mehr Meldungen ein, aus denen es klar wurde, dass sich infolge der faschistischen Wendung in Deutschland die Agitation des Reiches im Kreise der ungarländischen Deutschen verstärkt und sich auch besser organisiert gestaltet hat. Die Auslandspropaganda der Reichsdeutschen lenkte – mit nicht offiziellem Charakter – nach wie vor der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), ausserdem versah das DAI (Deutsches Ausland Institut) ähnliche Aufgaben, in erster Linie durch Veröffentlichung tendenziöser, wissenschaftlich getarnter Bücher. Gefährlicher war jedenfalls die Tätigkeit des VDA – konnte man sich doch den Publikationen des DAI von historisch-fachkritischer Seite leichter gegenüberstellen – deren Programm die „Auslandarbeit“ offen bekundete. Und im Auftrag des Vereins kamen Hunderte von Agitatoren nach Ungarn, viele als Teilnehmer an Gesellschaftsreisen, zu denen ihren durch die „Reichspost“ zu ausserordentlichen Vorsugspreisen auch Autobusse zur Verfügung gestellt wurden. Es standen ihnen detaillierte Landkarten über die Nationalitätenverhältnisse der einzelnen Gegenden und „die grossdeutschgesinnte Bevölkerung“ zur Verfügung.²³

Aus Deutschland erfolgte die Verhetzung winkelzöglich: mehrere deutsche Blätter versahen die ins Ausland Reisenden auch mit Instruktionen. Die Münchener Neuesten Nachrichten stellte beispielsweise 1933 fest, dass die politisierenden Studenten des nationalsozialistischen Staates besonders geeignet dafür sind einen ansehnlichen Teil der Auslandarbeit zu übernehmen. Zugleich wurden sie darauf aufmerksam gemacht sich im Ausland diszipliniert zu benehmen, sie mögen ihren Idealismus schon an der Grenze ablegen und nur ihre Kaltblütigkeit mitnehmen.²⁴

Die ungarischen Behörden verfügten anfangs nur über sporadische Daten hinsichtlich der illegalen volksdeutschen Bewegung in Ungarn, als sie jedoch angewiesen wurden sich eingehender mit der Frage zu befassen, vermochten sie kurzhin nur das Heft „Deutschtum an der mittleren Donau“ von Hermann Rüdiger vornehmen, das schon 1922 erschienen war. Der Verfasser war Direktor des DAI-Verlags. Dieses Pamphlet enthielt – obgleich es schon früher erschienen war – tatsächlich Richtlinien über die unteilbare gesamtdeutsche Volksgemeinschaft, den schöpferischen Ge-

danken des kulturell einheitlichen deutschen Volkes. Es verkündete offen, dass ein Drittel Ungarns ein Gebiet deutsche Nationalität sei. Auch solchen Ausdrücken wurde Platz eingeräumt, wonach die Deutschen in Ungarn „die Getreidekammer Europas“ geschaffen haben. Zusammenfassend stellte der Verfasser des Buches schliesslich fest, dass die Not und Entrechtung des deutschen Volkes in Rumpf-Ungarn nach dem Weltkrieg eine „himmelschreiende Ungerechtigkeit ist.“²⁵

Die deutschen Regierungsorgane waren anfangs besonders darauf bedacht der Agitation der Reichspropagandastellen den Anschein zu geben, als ob deren Hetzereien nicht mit offizieller Zustimmung betrieben würden. So vermeiden sie jedwede Geste gelegentlich der Tagung des VDA in Passau zwischen dem 3. und 5. Juni 1933, die eine Abhängigkeit des VDA von der Hakenkreuzbewegung verraten hätte können. Anfang Juni aber traf die Jugendorganisation des VDA ein Kooperationsabkommen mit der „Hitler-Jugend“, in dem sie sich verpflichteten dass ihre Mitglieder zukünftig eine Hakenkreuzler-Armbinde tragen werden, woraus auch schon den Aussenstehenden ihre engen Beziehungen offenbar wurden.

Von den in Ungarn lebenden Nationalitäten war der Anteil der Deutschen der grösste. Im Rahmen des 1924 gegründeten Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein bot sich ihnen Gelegenheit für ein gewissen Vereinsleben. An seiner Spitze stand zur Zeit der Gömbös-Regierung als Vorsitzender der gewesene Aussenminister Gusztáv Gratz, die tatsächliche Leitung befand sich aber in den Händen des geschäftsführenden Vizepräsidenten Universitätsprofessor Jakob Bleyer. Von letzterem aber wusste jedermann, dass er gegenüber der ungarischen Regierung keine loyale Politik betreibt. Und auch das wurde immer mehr offensichtlich, dass er keineswegs berechnete Nationalitätsbestrebungen vertritt, sondern die Radikalen seiner Bewegung vielmehr zu einer umstürzlerischen Tätigkeit anspornt. Zu dem allen erhielt er aus dem Reich auch eine finanzielle Unterstützung, hauptsächlich durch den VDA. Getarnt stellte er auch das Organ des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins, das Sonntagsblatt in den Dienst dieses Zieles. Obwohl die am 19. September 1924 behördlich gutgeheissenen Statuten des Vereins eine „von jedweder Politik freie“ Betätigung versahen und die kulturelle Funktion ihrer Arbeit – die Pflege und Kräftigung der Treue zum ungarischen Vaterland vor Augen haltend betonten, war die Vereinsleitung bestrebt aus diesem festgelegten Rahmen gegebenenfalls herauszutreten.²⁶

Nach dem Besuch des Aussenministers Kálmán Kánya am 7. Februar 1933 liessen – im Geiste der Stellungnahme des Kanzlers Hitler – hinsichtlich der Minderheitenfrage für einige Zeit auch die schonungslosen Angriffe der nationalsozialistischen Presse nach, und dies löste in Bleyer Besorgnis aus. Die ungarische Regierung vertraute demgegenüber darauf, dass die „Einstellung“ des VDA und ähnlicher Organe, die Verminderung der Subventionen positive Pläne birgt.

In dieser ungewissen Situation meinten die Leiter der ungarischen „Grossdeutschen“ Bewegung, dass indem sie von der ihnen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Rednerbühne gebrauch machen, dadurch

sowohl die heimische allgemeine Meinung wie auch die des Reichs aufwirbeln, dies zur Steigerung ihrer Unterstützung von aussen nunmehr auch Regierungsebene beitragen werde. Von dieser Absicht geleitet meldete sich der Abgeordnete Bleyer am 9. Mai 1933 im Parlament zu Wort.²⁷

Er betonte wohl in seiner Rede, dass seine Forderung lediglich darauf ausgerichtet ist, dass die ungarische Regierung „das ungarländische Deutschtum in seinen rein sprachlichen und kulturellen Wünschen befriedige“, in Wirklichkeit aber leiteten ihn weiterstrebende Ziele.

Bekanntlich hat die ungarische Regierung im Jahr 1923 den Unterricht der heimischen Nationalitäten im Verordnungsweg (110478. VIII. a. VKM) geregelt und folgende drei Schultypen errichtet:

- Type A: der Unterricht erfolgt in der Sprache der Nationalität, Ungarisch ist nur Pflichtgegenstand.
- Type B: die Hälfte der Lehrgegenstände wird in ungarischer, die andere Hälfte in fremder Sprache unterrichtet.
- Type C: der gesamte Unterricht erfolgt in ungarischer Sprache, Deutsch ist nur Pflichtgegenstand.

Bleyer griff das aufgrund der Verordnung ausgebaute Schulsystem jetzt heftig an. Die Daseinsberechtigung der Minderheitsvolkschulen der Type C verneinte er geradewegs. Der mit fremdem Geld unterstützte Politiker berücksichtigte in keiner Weise den Umstand, dass die Madjarisierten, dank der natürlichen Assimilation zu Ungarn gewordenen Eltern, geleitet von dem Wunsch, das Vorwärtskommen und die Einfügung ihrer Kinder ungestört zu gestalten, an vielen Orten die Schulung nach diesem Typ für zufriedenstellend erachtet haben. Natürlich war der Wunsch der sich als Deutsche bekennenden Eltern berechtigt, dass der Unterricht an möglichst vielen Orten nach den Typen A und B erfolge, aber Bleyer meldete sich in dieser Sache nur deshalb zu Wort um von der Regierung zu fordern, dass in dieser Frage nicht der subjektive Wille der Eltern entscheide, sondern die Abstammung. Dies aber barg in seinen Folgen eine Anzahl von Gefahren in sich! Hernach zitierte er den statistischen Ausweis vom Jahr 1928, wonach in 390 Gemeinden 463 deutsche Nationalitätenvolkschulen bestehen, hiervon 49 des Typs A (10,6%), 98 des Typs B (21,2%) und 316 des Typs C (68,2%). Das heisst, dass ein „tatsächlicher Unterricht in der Muttersprache“ nur in 31% der Schulen stattfindet – erklärte der Abgeordnete.²⁸ In Wirklichkeit verschwieg er die Tatsache, dass die Regierung vom Schuljahr 1928/29 an die Anzahl der Schulen zugunsten des Typs B wesentlich erhöht hat: so gab es am Ende des Schuljahres 1930/31 statt der 52 Schulen des B-Typs in 1923, schon 140 solche Schulen. Dies erfolgte nur in einem anderen Ausmass zu Lasten des Typs A (gegenüber 56 jetzt 46), während sich die Anzahl der Schulen des Typs C von 156 auf 264 erhöhte. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der deutschen Nationalitäten-Volksschulen gegenüber 1923 von 264 auf 453 (den Höhepunkt bildete das Jahr 1928 mit 463 solcher Schulen – deshalb zitierte Bleyer diese Angabe).²⁹

Bleyer beschwerte sich auch wegen der sog. Elternkonferenzen in ihrer derzeitigen Form, weil obwohl die Verordnung im Falle von 40 Schülern deutscher Nationalität ausser dem Schulstuhl und der Gemeindevertretung auch die Eltern der schulpflichtigen Kinder das Recht zuspricht unter den verschiedenen Schultypen zu wählen, wurden diese Konferenzen in der Praxis von solchen Pfarrern und Notaren geleitet, die die Eltern um jeden Preis überreden wollten von der Forderung neuer Nationalitätsschulen Abstand zu nehmen — erklärte er.³⁰ Statt des Willens der Eltern möge aufgrund der Statistik über die verschiedenen Schultypen entschieden werden, — forderte der auf rassistischer Grundlage stehende Politiker mit dem Januskopf. Mit Recht beschwerte er sich hingegen darüber, dass aus den Kindergärten, und den Wiederholungsschulen die Nationalitätensprache ausgeschlossen wurde. Beim „Leventeunterricht“ fand er dies für natürlich, bloss die Teilnahme an den ungarischen Gottesdiensten beanstandete er. Der der Rede lauschende Bajcsy-Zsilinszky — der auch dazwischenrief, — nahm es klar wahr, in welche Richtung die Tendenz der Forderungen zeigt, nämlich, dass der Abgeordnete demnächst schon deutsche Regimente fordern wird, natürlich mit deutscher Kommandosprache.³¹ (Vergessen wir nicht, dass dies zur Zeit des Volksbundes auch tatsächlich erfolgt ist!)

Bleyer verwahrte sich in seiner Diskussionsrede auch dagegen, dass die Regierung die Autonomie des deutschen Vereins einschränkte, indem die Mitgliedschaft ihre Leitung nicht selbst wählen kann. Hinter dieser zum Teil als berechtigt erscheinenden Forderung verbarg sich aber die Absicht in den Ausschuss möglichst viele — aus Deutschland inspirierte — „Pangermanen“ zu bringen, damit auch der Verein ausschliesslich in die Hände der illegalen Bewegung Bleyers geräte, wo sie sich bisher — wie es hiess — wegen der sich dort befindlichen „Regierungsmänner“ nicht wohl gefühlt haben. Hernach erklärte der mit Lostrennung der Deutschen drohende Politiker, dass jedwede ungarische Revisionsbestrebung „davon abhängt, welche Minderheitenpolitik verfolgt wird“, weil im Falle einer „Rassenpolitik“ das Ungartum zu einem Volk von 8–10 Millionen zusammenschrumpft.³² Hier rief Bajcsy-Zsilinszky wiederum: „Es gibt fünfzehn Millionen Ungarn“, was zweifellos eine Übertreibung war, doch können wir sogleich hinzufügen, mit welchem Recht Bleyer, der im Gegensatz zu Bajcsy-Zsilinszky tatsächlich von der „rassischen“ Grundlage aus um sich schlug, diesbezüglich Rechenschaft forderte.

Die in der Budgetdebatte gehaltene Rede löste im Parlament eine Empörung im weiten Umkreis aus, namentlich der in den Bänken der Opposition sitzende Bajcsy-Zsilinszky bediente sich ihm gegenüber kräftiger Worte. Am 9. Mai 1933 machte er Bleyer nicht allein den Vorwurf, dass die Regierung seine Wahl mit Gendarmeriebayonetten gesichert hatte, sondern er bezeichnete auch seine Forderungen als „politische Erpressung“.³³ Der Grundton der Rede von Bajcsy-Zsilinszky war übrigens nationalistisch, Ausdrücke wie „die Revision reift allmählich“ und „in Mitteleuropa ist das ungarische Volk das einzige, das die Bestimmungen der Friedensverträge bezüglich der Minderheiten anständig befolgt“ widerspiegelten

keineswegs die reale Lage³⁴, Hingegen unterschied er richtig zwischen den Führern der heimischen Deutschen und den tatsächlichen Problemen der Werktätigen deutscher Muttersprache, und erbrachte gerade aufgrund der Erfahrungs gelegentlich der jüngsten Abgeordnetenwahl in Dárda den Beweis dessen, dass es im Kreise des Volkes, „keine einzige Regung“ gegenüber der ungarischen Schicksalsgenossen gibt.³⁵ Seine Rede wies zugleich eine entschiedene Opposition dem Fürsprecher des Hitlerismus gegenüber auf, und jede faschistische Bestrebung traf in Person Bajcsy-Zsilinszky auf den entschlossensten Gegner.

Die begründete Besorgnis Bajcsy-Zsilinskys wurde von einer umfassenden öffentlichen Meinung geteilt. Die Studentenschaft antwortete mit einer heftigen Demonstration, die Pressestimmen wurden immer provokativer, was im Reich Gelegenheit zu Ausfällen gegen die Politik der Opposition bot. Diese aufgeregte Stimmung versuchte Bleyer dazu auszunutzen nunmehr eine Verbindung mit den Nazikreisen des Reichs zu schaffen. Hierzu kam es Ende Mai 1933. Er suchte unter anderem unter dem Vorwand einige ungarische Werke verlegen zu lassen in München das Institut für Südosteuropäischen Forschungen auf und führte hernach Verhandlungen mit Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess.³⁶

Inzwischen wurden zwecks Regelung des deutschungarischen Verhältnisses auch diplomatische Schritte aufgenommen. Am 28. April 1933 war der Brief des Kanzlers Hitler fertig, der als Antwort auf den Brief des Ministerpräsidenten Gömbös vom 22. April diente. In diesem verwies der Kanzler einerseits auf die „entsetzlich bedrängte“ Lage der deutschen Landwirtschaft, andererseits gab er sein Versprechen, dass die wirtschaftlichen Fragen, dem Wunsche des ungarischen Ministerpräsidenten entsprechend, vom politischen Gesichtspunkt aus hervorgehoben behandelt worden.³⁷ Die Bestrebungen der ungarischen Regierung, die ehestens praktische Schritte erwartete, konnten deutscherseits keine Abweisung erfahren, war doch die sich in fast völliger Isolation befindliche Reichsregierung — von den ernsten innenpolitischen Schwierigkeiten ganz abgesehen — interessiert daran baldigst Schritte zu unternehmen um aus dieser zweifellos würgenden Lage herauszubrechen. Daher, als Ministerpräsident Gömbös am 13. April 1933 dem Budapest Korrespondenten der Berliner Börsenzeitung, Artur Kornhuber ein Interview gewährte³⁸ und in diesem seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass man es auch in Berlin ehestens einsehen werde, wonach im Interesse der notwendigen Kooperation auf dem Gebiete des „gefährdeten“ Agrarexportes nach Deutschland Schritte zu unternehmen sind, entschloss sich die deutsche Regierung vorderhand informationshalber Ende Mai 1933 an der Spitze einer Delegation der NSDAP Werner Daitz, den „Aussenhandelsführer“ der Naziartei nach Budapest zu ent senden.

Ungarischerseits ermöglichte man es dem Leiter der Delegation am 29. Mai 1933 in einem Vortrag die deutschen wirtschaftspolitischen Bestrebungen darzulegen. Am Treffen nahmen ungarischerseits auch Handelsminister Tihamér Fabinyi und Ackerbauminister Miklós Kállay teil, es erscheinen aber auch mehrere Abgeordnete der Opposition, unter ihnen der

Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei Tibor Eckhardt sowie Endre Bajcsy-Zsilinszky.³⁹

W. Daitz betonte in seinem Vortrag im Spiegel der „traditionellen deutsch-ungarischen Freundschaft“, dass es die neue Reichsregierung „für ihre vornehmlichste Pflicht machte“ mit allen Ländern „zu denen sie natürliche Wirtschaftsbeziehungen unterhält, einen intensiven Warenaustausch“ anzubahnen. Er hob besonders hervor, dass den südöstlichen Donaustaaten — unter diesen Ungarn — die Möglichkeit geboten werde namentlich den ungedeckten Getreidebedarf der nordöstlichen Gebiete seiner Heimat zu sichern.⁴⁰

Der Leiter der deutschen Delegation legte gelegentlichs einer halbamtlichen Besprechungen auch einen konkreten Wunsch vor, wonach der deutsche Kanzler den ungarischen Ministerpräsidenten, selbst auch als Privatmensch, in seiner Heimat gerne begrüßen würde.⁴¹

Der anfangs zögernde Gömbös wurde durch den Umstand stark beeinflusst, dass die in der letzten Maiwoche begonnenen deutsch-ungarischen offiziellen Wirtschaftsverhandlungen rasch erfolgreich abgeschlossen wurden. Am 2. Juni kam es nämlich zur Unterzeichnung von drei Kompen-sationsprotokollen, in denen sich die deutsche Partei verpflichtete Obst und Gemüse in Wert von fünf Millionen Mark zu übernehmen und erwarb ausserdem Oppositionen bis zu einem Wert von neun Millionen holländischer Gulden für den Verkauf von Getreidesorten und Mais auf dritten Märkten.⁴²

Ungarischerseits war man mit dem Ergebnis der Verhandlungen selbstverständlich zufrieden (auch die Kündigung des Clearingabkommens mit 31. Mai wurde rückgängig gemacht), Ministerpräsident Gömbös schwankte aber noch immer; mit Rücksicht auf die zwischen Berlin und Wien bestehende Spannung überlegte er, ob ein Deutschlandbesuch nicht noch verfrüht wäre.

Auf seinen Entschluss übte schliesslich eine — auch durch die diplomatischen Kanäle bestätigte — Befürchtung einen Druck aus, wonach der österreichische Kanzler Dollfuss eventuell engere Beziehungen zu den leitenden Mächten der kleinen Entente, zu Frankreich und der Tschechoslowakei aufnehmen könnte, was die ungarischen Revisionsbestrebungen zweifellos negativ beeinträchtigt hätte.⁴³

In der relativ günstigen Atmosphäre der ungarisch-deutschen Beziehungen vermittelte der Abgeordnete András Mecsér eine neuerliche deutsche Einladung dem Ministerpräsidenten.⁴⁴ Die Deutschen waren vorsichtig, das Ansuchen kam von der NSDAP, doch wurde es nicht durch den Kanal der Diplomatie vermittelt, sondern durch den mit ihnen schon seit langem in Verbindung stehenden ungarischen Gutsbesitzer weitergeleitet.

Aus dem Gesprächsentwurf, den das Aussenministerium für den ungarischen Ministerpräsidenten vorbereitet hatte,⁴⁵ geht hervor, dass man umgarischerseits damit rechnete, dass auf prinzipieller Grundlage die Anschlussfrage, im Zusammenhang mit dieser die österreichische Situation sowie das italienisch-deutsche Verhältnis besprochen wird. Schwerpunkt der Besprechung: die Verlegung der ungarisch-deutschen Wirtschafts-

beziehungen auf „neue Grundlagen“. Schliesslich, dass auch die Probleme der ungarländischen deutschen Minderheit eingehend erörtert werden. Dass letzteres nicht als nebensächliches Thema betrachtet und welche Wichtigkeit dieser Frage ungarischerseits beigemessen wurde, ist daraus ersichtlich, dass der Entwurf in dieser Frage in zwei Teile geteilt reichliche Richtlinien für Gömbös enthalten hat.⁴⁶

In diesem kam als Empfehlung vor, der Ministerpräsident möge auf das „taktlose“ Auftreten des geschäftsführenden Vizepräsidenten des Ungarländischen Deutschen Vereins, Bleyer, dieses „ausserordentlich langweiligen und antipolitischen“ Mannes hinweisen. Zugleich soll er aber in Aussicht stellen, dass er über schwebende Fragen mit ihm verhandeln würde, sofern diese kulturellen Charakter haben. Auch verweise er auch auf die das ungarisch-deutsche Verhältnis störende planmässige Agitation der reichsdeutschen Organisation VDA, in deren Folge auch das Deutschum der sog. Nachfolgerstaaten „gegen die ungarischen nationalen Aspirationen Stellung nahmen“. Er betone, dass wegen seiner deutschen Nationalität niemand in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet ist, sogar ihr politisches Vorwärtskommen gesichert sei, hatten doch von ihren Leitern Bleyer und Gratz früher Ministerresorts inne. Er möge darlegen, dass nach Ansicht der ungarischen Regierung „die Frage der Minderheiten eminenter eine politische Frage und keine kulturelle und sentimentale ist“ – wie sie seitens des VDA behandelt wird. Ein Beweis dessen, für wie wichtig die Bereinigung dieser Frage von ungarischer Seite gehalten wurde, ist die Äusserung des Aussenministers Kánya dem Budapester Gesandten Schoen gegenüber, demnach in dieser „die einzige Belastung der ungarisch-deutschen Beziehungen“ verborgen ist.⁴⁷

Die Zusammenkunft Hitler-Gömbös, (17–18. Juni 1933) so kurz die auch war und so wenig Gelegenheit Gömbös auch geboten wurde zu Wort zu kommen, ermöglichte sie doch mehrere Fragen zu besprechen.

Hitler legte bei der Zusammenkunft dar, dass er mit den ungarischen Bestrebungen der kleinen Entente einverstanden ist und auch sich selbst um ein Verdrängen Frankreichs und ein Zersprengen des Blocjs bemüht. Gegenüber der Tschechoslowakei stellte er seine Unterstützung der ungarischen Forderungen in Aussicht. Er wies darauf hin, dass er Jugoslawien und Rumänien durch ein wirtschaftliches Eindringen in den Interessensbereich des deutschen Kapitals einzubeziehen beabsichtigt.⁴⁸

Im Laufe der Verhandlungen versprach Hitler in einer ziemlich entschiedener Form den ungarischen Export „günstig behandeln“, für die Wiederaufrüstung einige Unterstützung bieten zu wollen, sowie gelegentlich der beim Völkerbund zu unternehmenden gemeinsamen Schritte, wie z.B. die Aufrüstung und der Minderheitenschutz, worin die Interessen der beiden Staaten eine wesentliche Identität aufweisen, zusammenzuarbeiten.

Gömbös warf auch die Frage einer italienisch-österreichisch-ungarisch-deutschen „Wirtschaftskoordination“ auf, die ein gesteigertes politisches, Zusammenwirken schaffen könnte.⁴⁹ Hitler gab eine ausweichende Antwort. Sodann beschwerte er sich über die Politik des Kanzlers Dollfuss,

vermeinte jedoch eine baldige Aktualität des Anschlusses. Einstweilen würde er sich damit begnügen, wenn die österreichischen Nazis in der österreichischen Regierung (ohne Dollfuss) Platz bekämen, wozu eine Neuwahl die Möglichkeit schaffen könnte.⁵⁰ Er spielte auch darauf an, dass eine Vermittlung seitens Gömbös gerne sehen würde, namentlich in italienischer Beziehung, um dadurch einen Druck auf Kanzler Dollfuss auszuüben. Gömbös reagierte darauf günstig, in der Hoffnung, dass die österreichischen Nazis bei den Wahlen sowieso keine Majorität erlangen würden, somit die ungarische Regierung in der Frage eines selbständigen Österreich nicht offen Farbe bekennen muss. Jedenfalls gab er sein Versprechen, dass er darnach trachten wird den österreichischen Kanzler Dollfuss von einer französisch-tschechoslowakischen Orientation zurückzuhalten. Von seiten Hitlers handelte es sich freilich keineswegs darum, dass er von einer späteren Einverleibung Österreichs Abstand genommen hätte, eine Notwendigkeit deren brachte er Gömbös ohne Umschweife zur Kenntnis. Das legte Hitler so gleichmütig dar, dass es selbst Gömbös stutzig machte, der widersprechend erklärte. „Das könnte kaum gelingen, ohne dass es mit Frankreich zu einem Krieg käme“, worauf Hitler folgendermassen antwortete, dann „werde ich Frankreich zermalen.“⁵¹

Die offene Warnung, wonach die Regierung Gömbös Rumänien und Jugoslawien nicht anrühren dürfe, aber von der Tschechoslowakei rechtzeitig eine „Schnitte“ bekommen könne, verursachte dem ungarischen Ministerpräsidenten eine tiefe Enttäuschung, so sehr, dass die Verhandlungen damit endeten, dass in dieser Frage ein völliger Meinungsunterschied herrschte.⁵²

Eine wichtige Rolle spielte bei den Verhandlungen das Problem der ungarländischen Deutschen. Gömbös brachte es dem Kanzler klar zur Kenntnis, dass er diesen Problemenkomplex nur als innenpolitische Frage zu behandeln geneigt ist. Er beschwerte sich wegen der Hetzereien der aus Deutschland kommenden „Touristen“, verwahrte sich gegen die tendenziösen Einstellungen verschiedener Pamphlete und gegen jedwedes Bestreben der Organe Deutschlands „zu der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns direkte Beziehungen anzubahnen.“ Er erwähnte auch die Tatsache, dass an den antirevisionistischen Demonstrationen, die letzthin in den Staaten der Kleinen Entente stattgefunden haben, sich auch Leute deutscher Nationalität beteiligten. Auf die scharfe Fragestellung „verhielt sich Hitler völlig rezeptiv“, er enthielt sich vor Äusserungen die ungarischerseits „positiv“ bewertet werden könnten, verweist aber taktisch eine Zuspitzung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten.⁵³

Der Blitzbesuch des ungarischen Ministerpräsidenten löste namentlich im Kreise der Opposition einen ausserordentlich ungünstigen Widerhall aus. Seitens der Liberalen missbilligte der Abgeordnete Károly Rassay die Reise und behauptete, dass diese indirekt zur Schwächung der Position der österreichischen Regierung beigetragen hat, zu einem Zeitpunkt, das „eigentlich ein Krieg zwischen den dahin gesandten deutschen Agitatoren und der sich verteidigenden österreichischen Regierung im Gange ist.“⁵⁴ Von seiten der Legitimisten ergänzte dies der Abgeordnete György Pallavi-

cini auch noch damit, dass sich auch in Ungarn deutsche Agitatoren aufhalten.⁵⁵ Der schärfsten Worte bediente sich Endre Bajcsy-Zsilinszky gegen den Ministerpräsidenten. In seiner Rede am 20. Juni warf er Gömbös einerseits vor, dass er seine Reise in Wien nicht unterbrochen hat um mit Bundeskanzler Dollfuss zu verhandeln, andererseits sei die Linienführung der ungarischen Aussenpolitik verfehlt. Er kam auch auf die Ernennung Kálmán Kánya zum Aussenminister zu sprechen, was er schon aus dem Grund missbilligte, weil dadurch ein neueres Hindernis „gegen unsere Annäherung zu Frankreich“ entstanden ist.⁵⁶ Er erinnerte auch an die autarkischen Bestrebungen der deutschen Wirtschaftskreise, als deren Folge der ungarische Export nur noch 3% beträgt, während gleichzeitig die Bilanz unseres Handels mit Österreich im Jahr 1932 um 75.9 Millionen Pengö für uns günstiger war.

Tags darauf kam es zur Verlesung der am 19. Juni eingereichten Interpellation von Bajcsy-Zsilinszky. In dieser richtete er die Frage an den Ministerpräsidenten, ob er geneigt sei zu erklären, dass der Berliner Besuch keine Abweichung von der bisher verfolgten aussenpolitischen Praxis bedeutet und keine „einseitige“ deutsche Orientation zur Folge hat. Ob er nicht „einer Schwächung des Freiheitkampfes“ des österreichischen Volkes“ gleichkommt. Ob der Besuch mit Kenntnis und Einverständnis der italienischen und österreichischen Regierung erfolgt ist. Inwieweit die Politik der ungarischen Regierung durch die „an sich nicht entscheidend bedeutenden“ handelspolitischen Zugeständnisse beeinflusst wird?⁵⁷

Seiner Interpellation fügte er auch noch eine verbale Ergänzung hinzu. Im Verlauf dessen stellte er eine neuere Frage: Identifiziert sich der ungarische Ministerpräsident mit dem deutschen imperialistischen „Südostratum Plan“, da Hitler in seiner Erfurter Rede drohend erklärt hat, dass alle, die sich – im In- und Ausland – „dem neuen Rhythmus der deutschen „Politik“ nicht anpassen, oder gar sich dieser feindschaftlich entgegenstellen, „das Rad der Geschichte niederrennen wird.“⁵⁸

Die eingereichte Interpellation kam der Regierung ungelegen, so dass deren Beantwortung verschoben wurde. Erst am 16. August wurde deren Wortlaut an das Aussenministerium weitergeleitet. Ausserdem teilte Staatssekretär Kálmán Darányi mit, dass Gömbös Bajcsy-Zsilinszky schriftlich antworten will, ersuchte daher um Formulierung des Entwurfs.⁵⁹

Im Aussenministerium wurde der politische Referent Gyula Teleki am 20. August mit dem Antwortentwurf fertig, und Aussenminister Kánya versah diesen am 23. August mit seiner Unterschrift.

Darin wurde bestätigt, dass die Regierung an der „Politik der freien Hand“ als Grundsatz nichts ändert.⁶⁰ (Die Betonung dessen galt seitens der Regierung als Taktik, forderte doch Bajcsy-Zsilinszky in seiner Rede vom 16. März 1933 das gleiche.) Die Reise könne mit „den österreichisch-deutschen Differenzen“ nicht in Zusammenhang gebracht werden. Von deren Tatsache wurde die italienische und die österreichische Regierung unterrichtet. (In Wirklichkeit erfolgte dies erst nach erfolgter Reise, natürlich unter Beiseitelassen der Einzelheiten.)⁶¹

In ähnlicher Weise gelangte am 23. August die Interpellation des legitimistischen Abgeordneten György Pallavicini vom 22. Juni vor den Aussenminister. In dieser verlangte der Abgeordnete weitere Aufklärung über die Österreich betreffenden Einzelheiten der Verhandlungen sowie über deren wirtschaftliche Vorteile.⁶²

Die Antwort, die er vom Ministerpräsidenten erhielt, war nichtssagend. Gömbös leugnete unter Berufung auf das offizielle Kommuniké, dass die Reise den „Boden“ für weitere Wirtschaftsabkommen vorbereitet hat, die dem Parlament zwecks Gutheissung rechtzeitig vorgelegt werden.⁶³

Die Parlamentsdebatten wurden natürlich auch seitens der Budapester deutschen Gesandtschaft aufmerksam verfolgt. Über den oppositionellen Empfang der Berliner Reise meldete der Gesandte Schoen am 21. Juni 1933 seinem Aussenministerium, dass auf die Beschwerden wegen der Weglassung eines österreichischen Besuchs Gömbös folgendermassen geantwortet habe: „Wenn wir von unserem Freund kommen, können wir ihm nicht den Rücken zu kehren um seinem Gegner die Hand zu drücken“.⁶⁴ Und wie Aussenminister Kánya erklärt hat, wäre es Ungarn recht, wenn sich Deutschland und Österreich aussöhnen würden, doch fühlt sich die ungarische Regierung in keiner Weise dazu berufen „sich in den Bruderzwist einzumengen“. Es war offensichtlich, dass sich die Regierung in erster Linie zum Primat der deutschen Beziehungen bekannte und nicht geneigt war auf dem Gebiet der Unabhängigkeit Österreichs weitgehende Schritte zu unternehmen.

Nach seiner Rückkehr nahm sich Ministerpräsident Gömbös Zeit Jakob Bleyer ins Verhör zu nehmen und beordnete ihn am 11. August zu sich im Ministerpräsidium. Er teilte ihm in entschiedener Tonart mit, dass Bleyer zukünftig verpflichtet ist den Ministerpräsidenten auch über seine Reisen privater Natur schon im voraus zu unterrichten, sodann erkundigte er sich hauptsächlich über Bleyers Verhandlungen mit Hess. Wie dies aus dem auf der deutschen Gesandtschaft noch am gleichen Tag abgegebenen Bericht Bleyers⁶⁵ hervorgeht, berichtete er gelegentlich des „Gedankenaustausches“ mit Gömbös nur über eine unbedeutende Episode seiner Reise, nämlich darüber, dass er die Aufmerksamkeit der deutschen Kreise der seinerseits für schädlich gehaltenen publizistischen Tätigkeit des ungarischen Journalisten Hollós-Holländer in Deutschland zugewandt hat, und nachher – offenbar auf eine gewisse deutsche Anregung – auch mit Forderungen politischen Charakters hervorrückte.

Durch das Zustandekommen des Dritten Reichs – sagte er Gömbös – erfolgten radikale Wandlungen, die auch in der Situation der deutschen Minderheit eine „neuerliche Regelung“ erfordern. Das heisst, dass in den Rahmen des allgemeinen deutsch-ungarischen Verhältnisses „auch das Problem des Deutschtums einbezogen werden muss“. Gömbös unterbrach ihn und erklärte, dass er – ähnlich seinem Hitler gegenüber dargelegten Standpunkt – das Problem des ungarländischen Deutschtums auch zukünftig nur als innenpolitische Frage zu behandeln geneigt ist, Verhandlungen wünscht er daher nur mit den Führern der Deutschen in Ungarn

zu pflegen. Hierauf äusserte er den Wunsch, dass die Deutschen im Ausland zukünftig mit den ungarischen Nationalitäten zusammenwirken werden, an diesen Wunsch klammerte sich Bleyer sofort an. Wenn die ungarischen Behörden einen derartigen Druck wünschen – sagte er – kann man die Lage der ungarländischen Deutschen nicht als eine rein innenpolitische Frage behandeln. Gömbös hatte auf diesen Einwand sofort eine Antwort bereit inden er erklärte: Die Gebiete, die dem historischen Ungarn angehört haben, betrachtet er auch heute noch „als ungarischen historischen Raum“, das heisst als einen Teil des innenpolitischen Komplexes. Er machte Bleyer darauf aufmerksam, dass die ungarische Regierung gegen jedwede pangermanische Hetzerei entschieden auftreten werde, und Gewicht darauf legt, dass Deutschland in Ungarn „keinerlei Agitation ausübe“, auch die deutschen finanziellen Unterstützungen mitinbegriffen.⁶⁶

Schliesslich versprach er, dass er das seitens Bleyers im Mai 1933 eingebrachte Memorandum nach einer Stellungnahme der Ressortminister schriftlich beantworten werde.

Bleyer beeilte sich über sein „Verhör“ der deutschen Gesandtschaft sofort Bericht zu erstatten, von wo dieser eilig an die zuständige deutliche Stelle weitergeleitet wurde. Ihrem Wunsch entsprechend erhielt sie auch eine dringende Antwort vom deutschen Aussenministerium. In seiner Anweisung vom 11. August teilte Rat Roediger der Budapester Gesandtschaft mit, sie möge Bleyer darlegen, dass die Reichsregierung dem ungarländischen Deutschtum vuch fernerhin „wärmstes Interesse“ entgegenbringt und darauf bedacht sein wird, die kulturellen Wünsche der deutschen Volksgruppe“ auch zukünftig zu unterstützen, machte aber Bleyer – entgegen seiner übertriebenen Hoffnungen auch darauf aufmerksam, dass sie das alles „durch eine freundschaftliche Beeinflussung der ungarischen Regierung“ versuchen werde. Man möge ihm zur Kenntnis bringen, dass in der gegenwärtigen Lage kein direkter Druck auf die ungarische Regierung ausgeübt werden kann, es wäre schon deshalb nicht erwünscht die fragilen Beziehungen zu gefährden, dass das ungarländische Deutschtum nicht in „einen scharfen Gegensatz“ zur ungarischen Regierung und öffentlichen Meinung gerate.⁶⁷ Die Empfehlung der Verfolgung einer gemässigten politischen Liniernführung wirkte jedoch auf die Bestrebungen Bleyers nur teilweise.

Die im Kreise des heimischen Deutschtums immer mehr um sich greifende „pangermane“ Hetze nötigte die sich formierenden „Volksschriftsteller“ zu Selbstverteidigungsschritten. Von diesen nahm es Gyula Illyés als erster auf sich die weite Kreise durchdringende Besorgnis auch auf literarischer Ebene zum Ausdruck zu bringen und damit zugleich die Daseinsberechtigung der selbständigen Rolle der Volksbewegung nachzuweisen. Diesem Zweck diente sein Aufsatz Pusztulás (Untergang), in dem er die Notizen seiner Reise im Komitat Baranya im Sommer 1933 aufarbeitete und der im Septemberheft der Zeitschrift Nyugat erschienen ist.⁶⁸ Der ungebundene Erlebnisbericht wies – obgleich er auf gesellschaftlicher Ebene im Wesentlichen noch eine Wegsuche des Schriftstellers widerspie-

gelt — eine derart entschiedene Deutschfeindlichkeit auf und war ein so wirkungsvolles und tapferes Auftreten, das nicht allein die Besten der ungarischen Progression, sondern die breitere öffentliche Meinung wirkungsvoll aufrüttelte und zu einer kritisch-selbstkritischen Prüfung anspornte.

Gyula Illyés frischte in seinem Artikel vor allem die Erinnerungen der bei dem reformierten Seelsorger Lajos Fülep in Zengővárkony verbrachten Tage auf. Lajos Fülep war ein hervorragender kunsthistoriker und philosophischer Schriftsteller, der zur Zeit der demokratisch-bürgerlichen Revolution im Jahr 1918 zum Universitätsprofessor ernannt wurde, sich aber in der Horthy-Aera zurückzog und als Pfarrer tätig war. Die bei ihm verbrachten Tage, die politische Meinung seines Gastgebers übten auf Gyula Illyés eine entscheidende Wirkung aus, dessen Artikel förmlich zu einem verzweiferten Schrei gegen die heimische gesellschaftliche Wirklichkeit, gegen das kirchliche und weltliche Grossgrundbesitzsystem und darüber hinaus gegen die gesamte herrschende Klasse und gegen die dem Schicksal des Volkes gleichgültige Intelligenz wurde.

Der Dichter schilderte mit düsteren Farben das Zugrundegehen des ungarischen Volkes, das für unaufhaltbar scheinende Einkindsystem der ungarischen Bauernschaft. „Lebt das Volk in seiner Sprache?“ — stellt der Dichter die poetische Frage, wenn aber das wahr ist, dann ist die Nation „auch schon von dieser Seite aus ihrem Tode nah“. ⁶⁹ Denn während in den Dörfern die Anzahl der ungarischen Familien fortwährend abnimmt, das ungarische Wort immer stiller wird, kommen an ihre Stelle aus Serbien und dem Banat schon „fleissige, strebsame, anspruchslose, selbstbewusste und charakterfeste“ Deutsche. Das Einkind — und Keinkindsystem nimmt überhand, er zitiert die Worte seines Gastgebers, demnach die Ursache des Einkindsystems nicht „in der materiellen Lage des Volkes“ zu suchen ist, es ist vielmehr eine Folge einer „moralischen Verirrung“. „Nicht die Armut, sondern die Furcht vor der Armut ist die Ursache, also im Endergebnis doch die wirtschaftliche Verelendung“ ergänzte Illyés die Feststellung Füleps. Das beisst er behauptete nicht, dass das Bauerntum in der Entwicklung rückständig wurde und dass die Quelle des Übels darin zu suchen sei, sondern, dass es zugrunde geht. Der wirtschaftliche Fortschritt und die Erreichung eines gewissen Lebensniveaus sind im Grunde genommen Merkmale einer verzerrten Gestaltung; sie sind das Ergebnis einerseits des Druckes seitens des Grossgrundbesitzers — der eine extensive Ausweitung verhindert — andererseits eines Druckes machtpolitischen Charakters.

Der eine Lösung suchende Schriftsteller skizziert nach einer faktenmässigen Feststellung dessen eilig die Umrisse eines Entwurfs. Er sieht die Notwendigkeit baldigst ein Erbschaftsgesetz zu schaffen, im Sinne dessen die erblichen Bodenbesitze in vier Teile geteilt würden: bei drei Kindern würden nur noch drei Viertel, bei zwei nur die Hälfte, bei einem nur ein Viertel des Besitzes erblich sein, der Rest würden an den Staat zurückfallen, „der verpflichtet ist diesen sofort neuen Siedlern zu übergeben.“ Das Minimum des Grundbesitzes, auf dem der neue Siedler wirtschaften

würde, bestimmte er nicht, er bemerkte bloss so viel, der Lebensunterhalt einer Familie muss gesichert werden. Falls er dazu nicht ausreichen würde, müsste er vom Grossgrundbesitz ergänzt werden.⁷⁰

Der Aufsatz Illyés's war demnach eine weit hörbare Forderung der dringlichen wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit einer radikalen Bodenverteilung, gleichzeitig mangelte es aber an einer tiefgreifenden Bereinigung, von wo dieses Reformprogramm kommen, wer dessen konsequente Durchführung erzwingen könnte? Könnte vielleicht das aufrichtige Jammergeschrei einer auf der Volksideologie herauswachsenden neuen Intelligenzgeneration dies Bewegung in Gang bringen? Lauter Fragezeichen, die in folgenden die „volkshaften“ Schriftsteller tatsächlich zu lösen versuchten.

Im Artikel Illyés's bekamen über die Skizzierung des moralischen, nationalen Untergangs hinausgehend auch einige Anzeichen der aus Deutschland gelenkten „pangermanischen“ Hetzerei Raum. Er beschrieb sein Zusammentreffen mit drei deutschen Studenten, die im Laufe ihrer Wanderung ihre Landkarten hinsichtlich der Anordnung der Nationalitäten schon selbst berichtigt haben. Er fragte sie: „Sind sie Hakenkreuzler?“ Auf meine Frage „lachten sie auf“ — schrieb er — „das ist überhaupt nicht wesentlich“. Einer von ihnen „ist zufällig einer“, der jüngere war Marxist. „Wir wollen jedenfalls Wissenschaftler werden, das ist wesentlich“⁷¹ — erzählte ihr Zusammentreffen faktenmässig der Schriftsteller, wobei er dessen voll bewusst war, wie viel Gefahren eine solche äussere Bewegung hinsichtlich der Nation in sich birgt. Denn ein Volk, beziehungsweise ein Bauerntum, das seinen Lebenswillen verloren hat so weit kommen kann, dass „wenn sich hierzu Gelegenheit bietet, Transdanubien schon nicht besetzt werden muss“, es „verschmilzt durch eine einfache Volksabstimmung in das grosse deutsche Meer.“⁷²

Illyés's Erlebnisbericht löste rasch eine Diskussion aus, die Zeitschrift Nyugat bot den Diskussionsbeiträgen im Rahmen einer Enquete Raum. Hier erschien der verfehlte Artikel von Robert Braun,⁷³ der die ziffernmässigen Angaben des Schriftstellers in bezug auf den Untergang des Ungartums im Spiegel der offiziellen statistischen Daten richtigzustellen versuchte. Die berechtigte politische Notwendigkeit einer Bodenreform mit Ansiedlung verneinte er einfach damit, dass man vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gegen eine „Zerstückelung des Bodenbesitzes“ unter allen Umständen kämpfen muss. Gegenüber der Frage des Einkind- und Keinkindsystems gebührt jener Aufgabe der Vorrang, dass der Lebensunterhalt des vorhandenen Ungartums gesichert werde: „... ist es nicht eine ökonomischere Art und Weise einer Vermehrung der Bevölkerung anhand der Verminderung des Sterblichkeitsverhältnisses als der Steigerung des Geburtenverhältnisses?“ — schrieb Braun. Sodann summierte er seine niederschmetternde Kritik wie folgt: „Den Artikel von Gyula Illyés halte ich für besonders schädlich, weil er ... dazu sehr geeignet ist gegen die deutsche Dorfbewohnerschaft Stimmung zu machen, die Kraft ihrer wirtschaftlichen Tugenden der ungarischen Agrarbevölkerung noch lange als befolgendes Beispiel dienen wird.“

Braun blieb mit seiner Sondermeinung allein in der Enquete der Zeitschrift *Nyugat*, daher setzte sich Gyula Illyés in seiner Antwort nur mit ihm auseinander. Er machte darauf aufmerksam, dass die offizielle Statistik nicht immer die tatsächliche Lage widerspiegelt, seiner Erfahrung gemäss sind nur die Hälfte der dort ausgewiesenen Ungarn. Auch die Kirchenmatrikeln beweisen dies. Er wiederholte, dass er die Ursache des Einkindersystems als eine rein wirtschaftliche betrachtet, deshalb wollte er „die Aufmerksamkeit einer unaufschiebbaren Dringlichkeit der wirtschaftlichen Lösung zuwenden“. Schliesslich fasste er den einen gesellschaftlichen Dienst leistenden Beruf der „volkshaften“ Schriftsteller zusammen: „Die Politiker sind Handlanger der öffentlichen Meinung; die Lenker der öffentlichen Meinung sind noch wir“. Obwohl er es „sich heute nur noch vorstellen nicht aber hoffen“ getraut, dass die öffentliche Meinung die Politiker im Geiste ihrer Arbeit zum Handeln bewegen kann, erblickt er dennoch darin die Berufung der Schriftsteller.⁷⁴

Robert Braun wurde durch die Diskussionsbeiträge wieder zu einer Antwort gereizt, diesmal meldete er sich in den Spalten der bürgerlich-radikalen Zeitschrift *Századunk* zu Wort.⁷⁵ Im Wesentlichen trachtete er die Verlässlichkeit der Nationalitätenstatistiken zu verteidigen. Er erörterte die Begriffsdefinition der Nationalität: die Nationalität der Betroffenen wird durch seine Muttersprache, sein subjektives Empfinden und seine Abstammung, das heisst durch seine Zugehörigkeit „nach Geburt und Blut“ bestimmt. Seiner Meinung nach gibt es also Ungarn „im sprachlichen, politischen und rassischen Sinn.“ Bei uns werden die Statistiken aufgrund des ersteren erstellt, sie betrachtet demnach die Nationalitätszugehörigkeit als eine ausschliesslich sprachliche Frage. Das ist unrichtig, da die Zugehörigkeit eine „politische Frage“ ist, jene also, die sich zu einer „rassischen“ Auffassung bekennen, nehmen Abstand von denen, die durch eine natürliche Assimilation zu Ungarn wurden. Es genügt nicht, dass sich jemand als Ungarn bekenne, er muss auch eine „gefühlsmässige Erwiderung“ finden. Aus dem allen folgt, dass „das Deutschtum infolge der Assimilation gegenüber dem Ungartum an Raum verliert. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit zu behaupten, dass das Ungartum „von der Gefahr des Aussterbens bedroht sei.“ Letzteres war abstrakt aufgefasst natürlich richtig, doch in Relation Transdanubiens bangen die Bedenken Illyés's – seien sie auch übertrieben gewesen – reale Tendenzen.

Aus der Erörterung ging hervor, dass Braun die Merkmale der Zugehörigkeit zu einer Nationalität auf das subjektive Bekennen eingeeengt hat, das er förmlich absolutisierte. Die übrigen Merkmale der Bestimmung, wie die dauernde Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die Faktoren der Sprache, der gemeinsamen Kultur, des historischen Bewusstseins, der Nationalitätssprache schätzte er sehr gering ein. Unbegründet war seine Anspielung auf Illyés, wonach ihn bei der Verfassung des Artikels *Pusztulás* (Untergang) nur „rassische“ Gesichtspunkte geleitet haben. Mit Recht schrieb Gyula Illyés in seiner neuerlichen Antwort: „... wenn alles so weitergeht, kann sich Südtransdanubien von heute auf morgen vom Landeskörper abtrennen, in das Deutschtum verschmelzen, wo man hierauf aspi-

riert und es allmählich vorbereitet. Was geschieht dann mit Ungarn? Ich warf diese Frage auf, ohne jeglicher rassischen Voreingenommenheit.“⁷⁶

Inzwischen erliess die ungarische Regierung eine Zirkularverordnung mit einer bis in die Wurzeln falschen Absicht, die zu berechtigten Beanstandungen seitens der heimischen Nationalitäten Gelegenheit bot. Im Sinne der durch Innenminister Keresztes-Fischer am 4. August 1933 erlassenen Verordnung bezüglich der „Namensmagyarisierung“ (Zahl 40200) wurden die Amtsleiter dazu verpflichtet sämtliche „ihren Amt zugeteilte und untergeordnete öffentliche Beamten einzeln zu registrieren“. Im Rahmen von Versammlungen und durch persönliches Überreden mussten sie trachten ihre Beamten von der „Notwendigkeit“ der Namensmagyarisierung zu überzeugen, der sie – dem Wortlaut der Verordnung nach – teils aus Gemächlichkeit, teils aus dem Festhalten an den Traditionen nachzukommen zögerten.⁷⁷

Die Verordnung über die „Namensmagyarisierung“ bot für die Bewegung Pleyers eine neurliche Möglichketi dazu, – sich hinter der teils berechtigten Unzufriedenheit verbergend – ihre „pangermanische“ Agitation zu steigern.

Angesichts-dessen gingen aber die Behörden immer seltener darüber hinweg. Als am 29. November 1933 in der Gemeinde Bátaapáti der Sekretär des deutschen Vereins, Franz Basch, im Rahmen eines Kulturvortrags erklärte: „Das sind keine ehrlichen Menschen, die sich zur Magyarisierung und der Aenderung ihres Namens hingeben“, erstattete der als Polizeibeauftragter anwesende Obernotar Zoltán Horváth gegen den Vortragenden Anzeige.⁷⁸

Die erste Verhandlung fand in dieser Angelegenheit am 28. September 1934 statt. Der Gerichtshof zu Pécs (Fünfkirchen) stellte aufgrund der G. A. III v. J. 1921, § 8 den Tatbestand eines Vergehens der Schmähung der Nation fest. Im Laufe der Verhandlung leugnete Basch den inkriminierten Satz und änderte seine Äusserung wie folgt: Jener der zu uns gehört – und jedermann weiss und fühlt es, wer zu uns gehört –, wenn von diesen jemand seinen Namen ohne jeglichen Druck magyarisiert, der war auch dessen nicht würdig diesen deutschen Namen in Ehren zu führen“. Die Zeugen widerlegten aber diese Verteidigung. Daher wurde Franz Basch in erster Instanz zu einer Haft von zwei Monaten verurteilt. In der Begründung stellte das Gericht fest: Eine „spontane“ Bewegung setzte es sich zum Ziel, dass „die Bevölkerung mit fremden Namen, aber ungarischer Gesinnung ihre Zugehörigkeit zur ungarischen Nation auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringe, und . . . jenen Irrglauben zerstreue, wonach die fremdklingenden Namen die Feinde des Landes auf die ziffernmässige Schwäche des Ungartums folgern liessen.“ Gegen das Urteil legte der Anwalt Baschs Berufung ein; in zweiter Instanz fand die Verhandlung am 17. April 1935 statt in der die bemessene Strafe auf fünf Monate erhöht wurde.

Auch der Erlass der Verordnung in bezug auf die Namensmagyarisierung zeigte, dass die ungarische Regierung ihren Standpunkt gegenüber der Minderheitenfrage verhärtet hat, somit hatte sie garnicht die Absicht

das Memorandum Bleyers vom Mai 1933 zu beantworten. Nach dem am 5. Dezember 1933 erfolgten plötzlichen Tod Bleyers⁷⁹ — liess doch die Regierung nicht zu, das der Politiker die heimischen Deutschen vertrete — war die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen gegeben.

Sofort nach dem Ableben Bleyers entfachte der Kampf um den Stuhl des Vorsitzenden des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins. Der Kandidat der traditionell „selbstbewussten“ deutschen Bewegung war der Domherr János Huber, während die Regierung Gusztáv Gratz unterstützte. An die Spitze des Vereins stellte sich ein „Siebenerausschuss“ um die Geschäfte provisorisch zu führen, der sich völlig aus den Anhängern des verstorbenen Bleyers zusammensetzte. Seine Mitglieder wurden Johann Faul-Farkas, Johann Dengl, Franz Kussbach, Laurenz Landgraf, Franz Basch, Peter Jekel, Franz Rothen.⁸⁰

Sehr bald wurde es offensichtlich, dass die Mitglieder das frühere winkelzügige Verhalten Bleyers beiseite schoben und mit weitgehenden Forderungen hervortraten. Sie setzten sich — anscheinend den rechtmässigen Forderungen der Massen folgend — für die Einführung der Einheitschule des Typs A ein. Darüber hinaus forderten sie die deutsche Verwaltungssprache in den Gebieten mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Sie beschwert sich auch besonders deshalb — und das mit Recht — dass die Nationalitätsbevölkerung gelegentlich der Gerichtsverhandlungen auch noch eine Dolmetschergebühr von 5 Pengö zu entrichten hatten. Ausserdem forderten sie die Rücknahme der Verordnung über die Namensmagyarisierung.⁸¹

Die Regierung aber gab bekannt, dass sie wohlgeneigt ist das Memorandum Bleyers vom Mai 1933 als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, sich aber mit dem Siebenerausschuss in kein Gespräch einlässt. Auf Ansuchen der Regierung teilte hierauf Gratz mit, dass er bereit sei den Vorsitz des Vereins zu übernehmen, verlangte jedoch — zwecks Beschwichtigung der Anhänger Bleyers — die Verhandlungen aufzunehmen. Hierzu kam es erst am 5. Februar 1934. An diesen nahmen ausser dem Ministerpräsidenten Gömbös Kálmán Kánya Aussen-, Ferenc Keresztes-Fischer Innenminister, Bálint Hóman Kulturninister und dessen Staatssekretär Petri, Kálmán Darányi Staatssekretär des Ministerpräsidiums sowie der Referent für Nationalitätsangelegenheiten Tibor Pataky teil. Als Verhandlungsgrundlage diente das Memorandum Jakob Bleyers.

Die Regierung zeigte sich zu folgenden Modifizierungen bereit. Sie ist geneigt die Volksschulen des Typs B allgemein einzuführen. Nationalitätshaupt- und mittelschulen lässt sie jedoch auch ferner nicht zu. Auch in den Fortbildungs- und Fachschulen bleibt sie bei der ungarischen Unterrichtssprache. Nur landwirtschaftliche Lehrgänge ist sie bereit in der Nationalitätensprache zu organisieren. Zur Errichtung von Lehrerbildungsanstalten besteht keine Möglichkeit, ebenso auch von Kindergärtnerinnenschulen für Nationalitäten nicht. Die Kindergärten sollen dem Typ B entsprechend umgestellt werden. Die sog. Elternkonferenzen müssen beibehalten werden, — das beanstandeten die Führer des Deutschtums besonders, da man nur an solchen die Errichtung neuer Schulen verlangen konnte, und nicht

aufgrund der Zahlen, welche die statistischen Daten lieferten – , und dürfen an bestimmten Tagen einberufen werden. Auf dem Gebiet der deutschen Gottesdienste ist die Regierung bereit Konzessionen zu machen, die Beschäftigung der Jungmänner (Levente) muss aber ungarisch bleiben, da diese „eine militärische Organisation ersetzen“. Der Budapester deutsche Studentenverein namens Suevia wird geduldet, eine Genehmigung der Statuten wird jedoch grundsätzlich abgelehnt. Der ungarische Sprachgebrauch vor den Behörden wird beibehalten, es wurde jedoch anerkannt, dass beim Gerichtsverfahren Unterlassungen erfolgt sind. Die ungarische Regierung erklärte auch ihre Zustimmung, dass der Vorstand des ungarländischen deutschen Vereins von den Mitgliedern selbst gewählt werde, darauf legt sie aber Gewicht, dass die Leiter der loyalen Fraktion des Deutschtums, unter anderen die Abgeordneten Pintér und Heckenberger dem Vorstand angehören. Die Beschwerden des Vereins werden jährlich zwei- bis dreimal an Ort und Stelle besprochen. Angesichts der pangermanischen Agitation wird angeordnet, dass an den Veranstaltungen des Vereins nur die Mitglieder teilnehmen dürfen. Sollte die Regierung die Erfahrung machen, dass sich der Verein zu einer hakenkreuzlerischen Bewegung entartet, wird dieser sofort aufgelöst, erklärte Ministerpräsident Gömbös.⁸²

Nach der Besprechung reiste Gusztáv Gratz am 6. Februar 1934 nach Deutschland, wo er mit dem Vorsitzenden des VDA und anderen leitenden Persönlichkeiten verhandelte, und nachdem ihm diese ihres Vertrauens versicherten, übernahm er nach seiner Heimkehr den Vorsitz des Deutschen Volksbildungsvereins, für das ihm Gömbös am 2. Mai seinen besonderen Dank aussprach.⁸³ Hierauf brachte der Ministerpräsident den Standpunkt seiner Regierung dem Kanzler Hitler zur Kenntnis.

Gömbös formuliert in seinem Brief vom 14. Februar 1934 mit einer ungewöhnlichen Offenheit. Er legte fest, dass er „auch die Frage des Deutschen Rumpfungarns“ als innere Angelegenheit des Landes behandeln will. Auf diesem Grundsatz fussend ist er bereit den „berechtigten kulturellen“ Forderungen nachzukommen dieses dürfen aber nicht „in zentrifugaler Richtung“ wirken. Er erinnerte daran, dass die neuerdings laut gewordenen Hetzereien „in Deutschland Gehör fanden“. Daher verwahrt sich, die ungarische Regierung ganz entschieden gegen „jedwede, in die Angelegenheiten der ungarländischen Deutschen erfolgte, wenn auch nicht von offizieller Seite gelenkte, ausländische Einnischung“, die „politische Tendenzen decken“. Hierauf ging er detailliert auf die seinerseits geplanten Massnahmen ein. Er wiederholte seinen gelegentlich der Verhandlungen mit Gratz dargelegten Standpunkt, wobei er hervorhob, dass die deutsche Sprache nunmehr schon in 451 Volksschulen gebraucht, und dies ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber des Standes vor dem ersten Weltkrieg.

Schliesslich rückte er mit einem drei Punkte umfassenden Ansuchen hervor. Die deutsche Regierung möge ihre Organisationen, die mit den in Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien lebenden Deutschen in Verbindung stehen, anweisen mit dem dortigen Ungartum zusammenzuarbeiten und keinesfalls „gegen den Revisions-gedanken“ Stellung zu

nehmen. Sie mögen jedwede Propaganda und finanzielle Unterstützung im Kreise der ungarländischen Deutschen einstellen. Dies alles möge persönlich oder über die deutsche Gesandtschaft mit den zuständigen Beauftragten der ungarischen Regierung besprochen werden.⁸⁴

Hitler wurde vom Brief des Ministerpräsidenten Gömbös am 9. März 1934 unterrichtet, die erste Abfassung des Antwortentwurfs wurde noch im gleichen Monat fertiggestellt. (Schliesslich wurden sogar drei Entwürfe ausgearbeitet), zur Absendung der Antwort kam es aber niemals. Der erste Entwurf schlug einen gemässigten Ton an, die deutsche Regierung gab aber auch ihrem Missfallen Ausdruck. Sie erklärte, dass die „unzufriedenen“ Stimmen der ungarländischen deutschen Kreise nicht staatsfeindlich „sondern nur bestimmte Wünsche“ sind und dem Zweck dienen, dass das Deutschtum „seine Sprache, Bräuche und kulturellen Bestrebungen verteidige“. Bezüglich des Dreipunktewunsches bemerkte sie, dass zwischen den ausländischen Deutschen und Ungarn – ihren Informationen gemäss – „eine Interessengemeinschaft besteht“, im übrigen unterhält die deutsche Regierung mit ihnen nur Wirtschaftsbeziehungen geringen Ausmasses, sie sei daher „genötigt“ von ihrer politischen Beeinflussung Abstand zu nehmen. Die Einstellung der beanstandeten Propagandatätigkeit versprach sie.⁸⁵

Hitler nahm also den Brief Gömbös's günstig auf, es gefiel ihm der Vorschlag, dass die deutsche und ungarische Minderheit der Nachfolgestaaten miteinander zusammenwirken, doch hielt er das noch für verfrüht. Die Ausgestaltung einer konkreten Zusammenarbeit erachtete er jedoch – in Anbetracht der Isolation und Schwäche der Reichsregierung – noch nicht für aktuell, das heisst er hütete sich vor einer Zuspitzung der Beziehungen zu den Staaten der Kleinen Entente. Somit schoben die Deutschen die Antwort auf die Intervention des ungarischen Ministerpräsidenten taktisch hinaus, konnte doch eine eventuelle Störung des ansonsten unbedeutenden ungarischen Verhältnisses auch ihnen nicht für nützlich erscheinen, die ahnten ja sehr wohl, dass die ungarischen Behörden über immer mehr Daten der pangermanischen Agitation verfügen.

Aus dem Wegfall der Antwort Hitlers zog jedenfalls die ungarische Regierung jene Folgerung, dass man mit den Gedanken Gömbös's deutscherseits gewiss einverstanden ist, in Wirklichkeit aber handelte es sich in der die heimischen Deutschen betreffenden Frage um etwas anderes.⁸⁶

Am 6. Mai 1934 kam es zur Besetzung des frei gewordenen Amtes Bleyers. Die Wahlversammlung der Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins wählte Gusztáv Gratz zum Vorsitzenden. Geschäftsführender Vizepräses wurde Bleyers Schwiegersohn Franz Kussbach, Direktor wurde László Pintér und zum Generalsekretär wurde Franz Basch gewählt. Es stellte sich sehr bald heraus, dass Kussbach und Basch – auf Weisung des VDA – alles unternehmen um die der ungarischen Regierung loyalen Politiker wie die Abgeordneten Gratz und Pintér, von den wesentlichen Angelegenheiten fernzuhalten. (Der deutsche Gesandte Mackensen machte das deutsche Aussenministerium schon mit seinem Brief vom 8. Februar

darauf aufmerksam, dem dort zu Besuch weilenden Gratz das aus dem Reich zugewiesene Geld selbst in Anspielungsform nicht zu erwähnen.)⁸⁷

Die Hand der deutschen Regierung reichte auch zu den Unternehmen in Ungarn, die im deutschen Besitz waren oder deutschen Interessen angehörten. Mit einem Geheimauftrag wurde im Januar 1934 Virgil Hubrich, der auch gut ungarisch sprach, nach Budapest entsandt. Anscheinend wurde ihm die Leitung der Budapester Expositur des Filmunternehmens UFA übertragen, in Wirklichkeit aber erstreckte sich sein Wirkungsbereich auf die finanzielle Kontrolle der deutschen Betriebe in Ungarn: er entschied über das Ausmass der für nationalsozialistische Parteizwecke bestimmten Subventionen.⁸⁸

In dieser Zeit wussten es die ungarischen Organe der öffentlichen Sicherheit wahrscheinlich noch nicht, dass der Bevollmächtigte des VDA in Ungarn, der als Budapester Korrespondent des Blattes Deutscher Volkswirt bezeichnete Agent Heinrich Köhler ist (Er wurde erst im Herbst 1935 entlarvt.)

Die ungarische Regierung zeigte sich auch nach der erfolgten Neuwahl im Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein nicht geneigt mit der Leitung des ungarländischen deutschen Vereins Verhandlungen aufzunehmen. Sie war mit der Tätigkeit der doppelgesichtigen Mitglieder des Vereins keineswegs zufrieden. Der Abbruch der Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und der deutschen Minderheit erfüllte freilich den Budapester deutschen Gesandten mit berechtigter Sorge, hatte doch jener auch eine Auswirkung auf das allgemeine ungarisch-deutsche Verhältnis. Gesandter Mackensen schrieb daher am 30. November 1934 einen Brief an den Sektionschef im Aussenministerium, Stieve nach Berlin. Er erinnerte an die frühere Weisung Hitlers, wonach die Frage der deutschen Minderheit keinesfalls so behandelt werden darf, dass dies die allgemeinen deutsch-ungarischen Beziehungen belaste. Das schrieb dem Gesandten Mässigkeit, ja sogar passives Verhalten vor, dessen Ursache er natürlich den mit der Linienführung Unzufriedenen nicht aufdecken konnte. Daher fühlte er sich erleichtert als er sah, dass die ungarische Regierung die Frage der Minderheiten in scharfer Form aufgeworfen hat, in dem er hoffte, dass es dadurch gelingen wird den „ewigen Stein des Anstosses“ aus dem Weg der Beziehungen wegzuräumen. Ja er erblickte sogar einen Schritt nach vorne auch darin, dass als sich von deutscher Seite das Bestreben entfaltete das Problem zu „ignorieren“, die ungarische Regierung als Antwort die Frage der Minderheiten abermals in „ihrem vollen Ausmass“ zur Sprache brachte. Mackensen drängte auf einen Fortschritt, daher hielt er die Beantwortung des Briefes Gömbös's für wichtig, und beantragte auch die Errichtung einer gemischten Kommission (als Leiter dieser schlug er den Beamten Kursell vor.)⁸⁹

Das deutscherseits gegenüber dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des deutschen Vereins in Ungarn, Franz Kussbach, erwiesene Vertrauen verblasste jedoch anfangs 1935 gründlich. Legationsrat Schnurre berichtete am 12. Februar 1935 nach Berlin, dass Kussbach unfähig ist die verschiedenen Funktionen zusammenzufassen und dass namentlich der intellektuel-

le Flügel bestrebt ist den Wirkungskreis des Vorsitzenden zu schmälern.⁹⁰ Sie betrieben die Errichtung eines deutschen Rates, das heisst sie unternahmen den Versuch den heimischen deutschen Verein ihrer illegalen Bewegung unterzuordnen. Daher wurde am 11. Februar 1935 ein Dreiererrat errichtet, dessen Mitglieder Kussbach, Faultich und Basch wurden. Durch das Auftreten dieses Rates vermehrten sich jedoch die Zusammenstösse mit den Behörden — meldete der Legationsrat —, worin auch der Vizepräsident Kussbach selbst schuld trägt, da er „häufig in unüberlegter Weise“ auftritt. Der letztere Hinweis bezog sich auch darauf, dass sich Franz Kussbach den Führern der illegalen pangermanischen Bewegung widersetzte, beispielsweise nicht geneigt war die Zeitschrift Deutsch-Ungarische Heimatblätter Franz Basch zu übergeben und sich sogar weigerte die Aufteilung des von der deutschen Gesandtschaft erhaltenen Geldes den beiden anderen Mitgliedern des Dreierrates zu überlassen. Legationsrat Stive verwies zugleich darauf, dass die doppelgesichtige Tätigkeit Kussbachs auch die Antipathie der ungarischen Oppositionsparteien ausgelöst hat: namentlich Tibor Eckhardt, Vorsitzender der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei und Endre Bajcsy-Zsilinszky, Vorsitzender der Nationalradikalen Partei, — beide Parlamentsabgeordnete — greifen den Vizepräsidenten heftig an. Der „chauvinistische und deutschfeindliche“ Bajcsy-Zsilinszky — schrieb der Legationsrat — gab übrigens in seinem Blatt bekannt, dass er im Parlament die Errichtung einer Mittelschule mit deutscher Unterrichtssprache beantragen werde.⁹¹ Dazu konnte es aber nicht mehr kommen, weil der Politiker anlässlich der Wahlen vom Jahr 1935 nicht in das Parlament gewählt wurde.

Auch Vizepräsident Kussbach beging gelegentlich der Wahlen einen ernst taktischen Fehler, indem er die Liste der deutschen Abgeordneten-kandidaten mit der ungarischen Regierung nicht abgestimmt hatte, daher fielen mit Ausnahme des der ungarischen Regierung loyalen Gusztáv Gratz, bei den Wahlen alle durch. Und die führte auch zum Rücktritt des Vizepräsidenten Kussbach von seinem Amt.

Das Problem des deutschsprachigen Unterrichts löste schliesslich die ungarische Regierung mit der am 23. Dezember 1935 erlassenen Schulverordnung (11 000) 1936. ME) in einer auch von deutscher Seite einstweilen annehmbaren Form. Die Verordnung setzte nämlich die Volksschulen der Typen A und B entsprechende einheitliche Nationalitätsschule ein, in denen die Hälfte der Lehrgegenstände in der Muttersprache der Minoritäten unterrichtet werden musste. Zur teilweisen Regelung der weiteren in Schwebeliegenden Fragen aber kam es nach dem Besuch des Innenministers Miklós Kozma in Berlin in Dezember 1936.⁹²

In den späteren Jahren bekannte sich die deutsche Regierung zum Primat des allgemeinen deutsch-ungarischen Verhältnisses, benutzte die Minderheitsfrage nicht als Stein des Anstosses und war bestrebt in ungarischer Relation Bündnisbeziehungen auszubauen.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Vigh, K.*: Bajcsy-Zsilinszky Endre külpolitikai nézeteinek alakulása (Gestaltung der aussenpolitischen Ansichten Endre Bajcsy-Zsilinszkys). Bp. 1979. Akadémiai Kiadó, S. 37.
- ² *Tilkovszky, L.*: Törekvések a magyarországi német mozgalom radikalizálására (1932 – 1933), (Bestrebungen zur Radikalisierung der ungarländischen deutschen Bewegung). Századok, 1979 Nr. 3. S. 421 – 477.
- ³ Az 1931. július hó 18-án összehívott országgyűlés képviselőházának naplója (Journal des für den 18. Juli 1931 einberufenen Abgeordnetenhauses des Parlaments) (im folgenden: KN). Bp. 1931 – 1935. Bd. II, S. 54.
- ⁴ A.a.O. S. 80 – 81.
- ⁵ Miklós Kozma (3.⁵ Dez. 1932) an die Berichterstatte des Ungarischen Nachrichtenbüros (MTI). Országos Levéltár (Staatsarchiv), im folgenden: OL. Kozma Miklós iratai, K 429. Bund 4. o. Nr.
- ⁶ Erwähnt István Antal in seinem Brief an Miklós Kozma vom 12. Dez. 1932. S. OL. Kozma ir. K. 429. Bund 16, 2. d.
- ⁷ Miklós Kozma an István Antal (7. Dez., 18. Dez. 1932). S. a.a.O.
- ⁸ *Juhász, Gy.*: Magyarország külpolitikája (Die Aussenpolitik Ungarns) 1919 – 1945. 2. Aufl. Bp. 1975. Kossuth. S. 143 – 144.
- ⁹ *Fritz, P.*: Gömbös első kormányának külpolitikája (Aussenpolitik der ersten Regierung Gömbös). Századok, 1978 Nr. 1, S. 73.
- ¹⁰ *S. Tilkovszky, L.*: A német irredenta és Magyarország. A magyarországi népinémet (volks-deutsch) mozgalom útja (Die deutsche Irredenta und Ungarn. Der Weg der ungarländischen volksdeutschen Bewegung). Történelmi Szemle, 1970 Nr. 5, S. 375.
- ¹¹ *Fritz, P.*: Gömbös ... gen. Werk S. 71 – 72; *Berend, T. I. – Ránki, Gy.*: Magyarország a fasiszta Németország „életterében“ (Ungarn im „Lebensraum“ des faschistischen Deutschlands), 1933 – 1939. Bp. Közgazdasági és Jogi K. S. 74.
- ¹² Gyula Gömbös (12. Apr. 1933) an Hitler. S. A Wilhelmstrasse és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról (Die Wilhelmstrasse und Ungarn. Deutsche diplomatische Schriften über Ungarn), 1933 – 1944. (Zusammengestellt v. György Ránki – Ervin Pamlényi, Loránt Tilkovszky – Gyula Juhász). Bp. 1968. Kossuth. (3. Dokument) S. 45.
- ¹³ KN, Bd. 14, S. 127 – 128.
- ¹⁴ A.a.O. S. 128.
- ¹⁵ S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk. (Dok 1) S. 43.
- ¹⁶ KN, Bd. 14, S. 128.
- ¹⁷ S. a.a.O.
- ¹⁸ A.a.O. S. 129.
- ¹⁹ A.a.O. S. 135.
- ²⁰ A.a.O. S. 141.
- ²¹ A.a.O. S. 225.
- ²² A.a.O.
- ²³ OL. Belügyminisztérium reservált iratai (Reservatakten des Innenministeriums), im folgenden: Büm. res. ir. K 149, Bund 162, o. Nr.; s. auch a.a.O. 4048, (26. März 1934, Polizeibericht).
- ²⁴ Münchener Neueste Nachrichten, 10. Sept. 1933.
- ²⁵ S. OL. Büm. res. ir. K. 149, Bund 162, 4048. Ähnliche Ansichten enthielt auch das Buch von Otto Albrecht Isbert: Das südwestliche ungarische Mittelgebirge, Bauernsiedlung und Deutschtum (Langensalza – Berlin – Leipzig, 1931). S. *Tilkovszky, L.*: Törekvések... gen. Werk, S. 426 – 428; *Sebestény, S.*: Bajcsy-Zsilinszky Endre a Németországgal való kapcsolatokról (Endre Bajcsy-Zsilinszky über die Beziehungen zu Deutschland). Tájékoztató, 1982 Nr. 1, S. 135.
- ²⁶ OL. Büm, res, ir. K 429, Bund 66; *Tilkovszky, L.*: Németország és a magyarországi német kisebbség (Deutschland und die ungarländische deutsche Minderheit) 1921 – 1924). Századok, 1978 Nr. 1, S. 3 – 48.
- ²⁷ KN. Bd. 15, S. 210 – 215.
- ²⁸ A.a.O. S. 212.
- ²⁹ *Beller, B.*: Az ellenforradalmi rendszer nemzetiségi politikája a válság küszöbén (Die Nationalitätenpolitik des konterrevolutionären Systems an der Schwelle der Krise) 1930 – 1931. Századok, 1977 Nr. 2, S. 289.

- ³⁰ KN, Bd. 15, S. 213.
- ³¹ A.a.O.
- ³² A.a.O. S. 214.
- ³³ A.a.O.
- ³⁴ A.a.O. S. 222–223.
- ³⁵ A.a.O. S. 223.
- ³⁶ *Tilkovszky, L.*: A német irredenta... S. 379.
- ³⁷ A. Hitler (Berlin, 28. Apr. 1933) an Gyula Gömbös. S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk (Dok. 4), S. 46.
- ³⁸ S. Karsai, E.: Iratok a Gömbös–Hitler találkozó (1933. június 17–18.) történetéhez (Schriften zur Geschichte der Begegnung Gömbös–Hitler, 17–18. Juni 1933). Bp. 1962. Akadémiai K. S. 4–5.
- ³⁹ A.a.O. S. 5.
- ⁴⁰ A.a.O. S. 6.
- ⁴¹ A magyar Külügyminisztérium számjeltávirata (1933. jun. 16.) a magyar bécsi követségnek (Chiffretelegramm des ungarischen Aussenministeriums (16. Juni 1933) an die Wiener ungarische Gesandtschaft. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 112.
- ⁴² *Pritz, P.*: Gömbös... gen. Werk, S. 91.
- ⁴³ Schoen követ (1933. jun. 21.) a német külügyminisztériumba (Gesandter Schoen (21. Juni 1933) ans deutsche Aussenministerium). S. A. Wilhelmstrasse... gen. Werk, (Dok. 8). S. 49.
- ⁴⁴ *Macartney, C. A.*: October Fifteenth. Edinburgh, 1957. Bd. I, S. 138; Karsai, E.: Iratok... gen. Werk. S. 138.
- ⁴⁵ Beszélgetés-tervezet (Gesprächsentwurf) 16. Juni 1933. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 13–15.
- ⁴⁶ A.a.O. S. 14–15.
- ⁴⁷ Schoen követ a német külügyminisztériumnak (Gesandter Schoen ans deutsche Aussenministerium) 21. Juni 1933. S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk (Dok. 8), S. 50.
- ⁴⁸ *Juhász, Gy.*: Magyarország... gen. Werk, S. 150.
- ⁴⁹ A német Külügyminisztérium II. oszt. feljegyzése (Aufzeichnung des deutschen Aussenministeriums Abtg. II), 19. Juni 1933. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 24.
- ⁵⁰ Gömbös Gyula feljegyzése Hitlerrel folytatott tárgyalásairól (Gyula Gömbös's Aufzeichnung über seine Verhandlungen mit Hitler), 24. Juni 1934. S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk, S. 40–41; A magyar Külügyminisztérium utasítása Hóry Andrásnak (Weisung des ungarischen Aussenministeriums an András Hóry) 25. Juni 1933. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk S. 43–44.
- ⁵¹ Aufzeichnung Gyula Gömbös's (Juni 1933), Beilage zum Akt 2. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 42.
- ⁵² *Macartney*: October... gen. Werk, S. 139–140.
- ⁵³ Bleyers Bericht an der deutschen Gesandtschaft (11. Aug. 1933). S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk (Dok. 13), S. 56; A magyar Külügyminisztérium levele Hóry Andrásnak (Brief des ungarischen Aussenministeriums an András Hóry (25. Juni 1933. S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 44.
- ⁵⁴ KN, Bd. 17, S. 335.
- ⁵⁵ A.a.O.
- ⁵⁶ A.a.O. S. 352.
- ⁵⁷ S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 18–19.
- ⁵⁸ KN, Bd. 17, S. 399.
- ⁵⁹ A.a.O. S. 398–399; s. auch Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 19.
- ⁶⁰ A.a.O. S. 20.
- ⁶¹ A.a.O. S. 19.
- ⁶² S. Karsai, E.: Iratok... gen. Werk, S. 35–36.
- ⁶³ A.a.O. S. 37.
- ⁶⁴ Schoen követ javaslata a német Külügyminisztériumnak (Vorschlag des Gesandten Schoen an des deutsche Aussenministerium), 21. Juni 1933. S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk (Dok. 8) S. 50.
- ⁶⁵ Bleyers Bericht an der deutschen Gesandtschaft (11. Aug. 1933). S. A Wilhelmstrasse... gen. Werk (Dok. 13) S. 55–58.
- ⁶⁶ A.a.O. S. 57; s. auch *Tilkovszky, L.*: Törekvések... gen. Werk. S. 465.

- ⁶⁷ Weisung Roedigers an die Budapester deutsche Gesandtschaft (11. Aug. 1933). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk (Dok. 12) S. 55.
- ⁶⁸ *Illyés, Gy.*: Pusztulás (Untergang). Nyugat, 1–16. Sept. 1933, S. 189–205. Über dessen Bewertung's. *Lackó, M.*: Válságok és választások (Krisen und Wahlen). Bp. 1975. Gondolat. S. 36–38; *Némedi, D.*: A „polgárosodás“ a népi szociográfiában (Die „Verbürgerlichung“ in der Volkssoziographie). Szociológia, 1978. Nr. 3, S. 417; *Tilkovszky, L.*: Törekvések ... gen. Werk, S. 469–470.
- ⁶⁹ *Illyés, Gy.*: Pusztulás gen. Werk, S. 192.
- ⁷⁰ A.a.O. S. 202.
- ⁷¹ A.a.O. S. 200.
- ⁷² A.a.O. S. 197; s. auch *Illyés, Gy.*: Hajszálgökök (Haarwurzeln). Bp. 1971. Szépirodalmi K. S. 40–41.
- ⁷³ *Braun, R.*: A hivatalos statisztika (Die offizielle Statistik). Nyugat, 1. Okt. S. 279–281
- ⁷⁴ *Illyés, Gy.*: A magyarság pusztulása (Untergang des Ungartums). Nyugat, 1. Nov. 1933, S. 337–345.
- ⁷⁵ *Braun, R.*: Magyar nemzetiségi statisztika (Ungarische Nationalitätenstatistik). Századunk, 1934, Bd. 8, S. 252–256.
- ⁷⁶ *Illyés, Gy.*: Pusztul-e a magyarság? (Wird das Ungartum zunichte?). Századunk, 1934 Nr. 2, S. 73; *Illyés, Gy.*: Magyarok megmentése (Rettung der Ungarn). Nyugat, 1934, Nr. 8, S. 411–424.
- ⁷⁷ OL. Büm. res. ir. K 149, Bund 162, o. Nr. Im Laufe der Magyarisierungsaktion wandten sich vom August 1933 bis zum Jahresende 1934, im Jahr 1934 40438, im Jahr 1935 (bis zum 16. Oktober) 13932 Personen mit dem Ansuchen um Namensänderung an die Behörden. Während der in der erwähnten Zeitspanne eingereichten 68019 Ansuchen wurden 62621 „wohlwollend“ beurteilt. (S. OL. Büm. res. ir. K 149, Bund 2, 188.)
- ⁷⁸ OL. Büm. res. ir. K 149, Bund 176, 1936–8–11643.
- ⁷⁹ A.a.O. Bund 154, reg. Nr. 10/40.
- ⁸⁰ *Tilkovszky, L.*: A német irredenta ... gen. Werk, S. 380.
- ⁸¹ OL. Büm. res. ir. K 149, Bund 162, 2974/6. Fegr. 1934 rj.
- ⁸² Bericht von Gusztáv Gratz (6. Febr. 1934). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk, (Dok.-Beil. 18–1) S. 65–67.
- ⁸³ *Tilkovszky, L.*: A német irredenta ... gen. Werk, S. 380–381.
- ⁸⁴ Gy. Gömbös an Hitler (14. Febr. 1934). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk (Dok. 19) S. 67–70.
- ⁸⁵ A.a.O. (Dok. 122) S. 73–75.
- ⁸⁶ Antwort des Gesandten Mackensen an Stieve (6. April 1935). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk (Dok. 33), S. 97.
- ⁸⁷ Bericht Mackensens an das deutsche Aussenministerium (8. Febr. 1934). A.a.O. (Dok. 18) S. 65.
- ⁸⁸ OL. Büm. res. ir. K 149, Bund 154, 2975 (6. Febr. 1934 rj.); Das deutsche Aussenministerium wies jährlich 35 000 Mark, der VDA 86 000 Mark für die Agitationszwecke in Ungarn an. (S. Mackensens Brief an das deutsche Aussenministerium (21. Nov. 1935). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk (Dok. 45), S. 116.
- ⁸⁹ „Meskóék bizalmas berlini levelezése“ (Vertrauliche Berliner Korrespondenz Meskós und Kons.). Szabadság, 5. Aug. 1934.
- ⁹⁰ Schurres Bericht ans deutsche Aussenministerium (12. Febr. 1935). S. A Wilhelmstrasse ... gen. Werk, (Dok. 31) S. 92–94.
- ⁹¹ „Gratz Gusztáv és Bajcsy-Zsilinszky Endre levélváltása a német kérdésben“ (Briefwechsel zwischen Gusztáv Gratz und Endre Bajcsy-Zsilinszky in der deutschen Frage). Szabadság, 10. Febr. 1935.
- ⁹² *Sebestény, S.*: Intézkedések a magyarországi népinémet (volksdeutsch) mozgalom visszaszorítására az 1930-as évek közepén (Massnahmen zwecks Zurückdrängung der ungarländischen volksdeutschen Bewegung Mitte der 1930-er Jahre). Tájékoztató, 1982, Nr. 5, S. 53–74.